



## **Trotz Atomausstieg: Klimagasausstoß sinkt 2011 um 2,9 Prozent Minderung überwiegend außerhalb des Emissionshandelssektors**

Trotz Atomausstieg: Klimagasausstoß sinkt 2011 um 2,9 Prozent Minderung überwiegend außerhalb des Emissionshandelssektors  
Obwohl im Jahr 2011 acht Atomkraftwerke vom Netz gingen, sinken die Treibhausgasemissionen in Deutschland weiter. Gegenüber dem Vorjahr 2010 nahmen die Emissionen in 2011 überwiegend witterungsbedingt um 2,9 Prozent ab. Das sind 27 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente weniger. Die größten Minderungen erfolgten bei den Feuerungsanlagen zur Raumwärmeerzeugung, dadurch sanken vor allem die Emissionen der privaten Haushalte. Dies ergeben Daten aus dem vom Umweltbundesamt (UBA) erstellten Nationalen Inventarbericht, den Bundesumweltministerium und UBA jetzt an die Europäische Kommission übermittelt haben. In den meisten Sektoren verflacht der Minderungstrend in den letzten Jahren. Dennoch konnten die Emissionen gegenüber 1990 um fast 27 Prozent gemindert werden. Deutschland hat sein Klimaschutzziel damit mehr als erfüllt. Mit dem Kyoto-Protokoll hatte sich Deutschland verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 21 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Bundesumweltminister Peter Altmaier sagte: "Mit dem, was wir erreicht haben, nimmt Deutschland einen Spitzenplatz unter den Industriestaaten ein. Die weitere Entwicklung ist aber kein Selbstläufer. Die Trendentwicklung zeigt, dass das Klimaziel der Bundesregierung von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 zusätzliches Handeln erfordert. Hierzu müssen alle Sektoren einen fairen Beitrag leisten." Verglichen mit 2005 zeigt sich die derzeit geringe Anreizwirkung des europäischen Emissionshandels: Die Kohlendioxid-Emissionen von Unternehmen der Industrie und Energiewirtschaft konnten seither insgesamt nur um etwa fünf Prozent gemindert werden. Dies liegt an dem krisenbedingten Preisverfall bei den Emissionszertifikaten. Die Treibhausgas-Emissionen der übrigen Sektoren sanken hingegen um zehn Prozent. UBA-Präsident Jochen Flasbarth: "Der EU-Emissionshandel müsste deutlich mehr Anreize für den Klimaschutz in Deutschland setzen. Der krisenbedingte Preisverfall verhindert notwendige Investitionen in klimafreundlichen Technologien. Daher sollte Deutschland in der EU darauf hinwirken, das EU-Emissionshandelsbudget anzupassen, damit der Energiesektor und Industrie mehr in den Klimaschutz investieren", so Flasbarth. Bedenklich sei auch, dass die Emissionen aus dem Verkehrssektor statt zu sinken, wieder leicht ansteigen. Insgesamt müsse das Europäische Klimaschutzziel von 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden. Eine Grafik zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen finden Sie hier: [http://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Presse/Sektorengrafik2013.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Presse/Sektorengrafik2013.pdf)

<http://www.bmu.de/emissionshandel>  
<http://www.bmu.de/klimaschutz>  
Kontakt: Bundesumweltministerium, Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin  
Redaktion: Dr. Dominik Geißler (verantwortlich), Frauke Stamer, Ingo Strube, Jürgen Maaß  
Telefon: 030 18 305-2010 /-2011 /-2012 /-2014 Fax: 030 18 305-2016  
E-Mail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de) Internet: <http://www.bmu.de/presse> Twitter: [www.twitter.com/BMU\\_de](http://www.twitter.com/BMU_de) Youtube: [www.youtube.de/umweltministerium](http://www.youtube.de/umweltministerium)

### **Pressekontakt**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de) Internet: <http://www.bmu.de/presse>

### **Firmenkontakt**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

[presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de) Internet: <http://www.bmu.de/presse>

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.